



Beteiligungsfonds Baden- Württemberg	Antrag auf Gewährung einer Rekapitalisierungsmaßnahme nach dem Beteiligungsfondsgesetz Baden-Württemberg (BetFoG)
---	--

Bitte senden Sie das ausgefüllte und unterschriebene Antragsformular samt Anlagen ausschließlich per Briefpost an folgende Adresse:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Referat 45 Dienstleistungswirtschaft
Schlossplatz 4 (Neues Schloss)
70173 Stuttgart

Allgemeine Fragen zum Beteiligungsfonds Baden-Württemberg sowie konkrete Fragen zum Antragsprozess können Sie an folgende E-Mail-Adresse des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau richten:

beteiligungsfonds@wm.bwl.de

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau prüft in einem ersten Schritt den eingereichten Antrag samt Anlagen auf Vollständigkeit und formelle Richtigkeit (Erstbearbeitung). Gegebenenfalls fordert es weitere Unterlagen oder Angaben an, bevor es schriftlich den vollständigen Antragseingang bestätigt.

Im Anschluss übernimmt die L-Bank die Weiterbearbeitung des Antrags, die Aufbereitung der Unterlagen für die Entscheidung über die Rekapitalisierungsmaßnahme, leitet im erforderlichen Umfang den Prüfungsprozess (due diligence) ein, und führt danach die Vertragsgespräche. Die endgültige Entscheidung über die Rekapitalisierungsmaßnahme trifft der so genannte Beteiligungsrat mit stimmberechtigten Mitgliedern des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau und des Ministeriums für Finanzen.

Name Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für Rückfragen	Telefon (Festnetz)
E-Mail-Adresse	Telefon (Mobil)

1. Angaben zum antragstellenden Unternehmen

Name/Firma Unternehmen		
Unternehmenssitz (Straße, PLZ, Ort)		
Ggf. Standorte in Baden-Württemberg (Name, Straße, PLZ, Ort - Mitarbeiterzahl)		
Rechtsform	Branche	
Gründungsdatum	Legal Entity Identifier (soweit vorhanden)	
HR-Nummer (Bitte aktuellen HR-Auszug beifügen)	Zuständiges Registergericht mit Ort	
Zuständiges Finanzamt	Steuernummer	Umsatzsteuer-ID

Antrag von _____

2. Angaben zur beantragten Rekapitalisierungsmaßnahme

Art der Finanzierung
Finanzierungslücke (Deckung des Eigenkapitalverzehr durch die Covid-19-Pandemie im Verhältnis zum 31.12.2019)
Finanzierungsvolumen/Zeithorizont
Zielsetzung der Finanzierung Wahrscheinliche Folgen für das Unternehmen ohne Gewährung der Rekapitalisierungsmaßnahme

3. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Bitte fügen Sie (sofern vorhanden) ein Organigramm Ihres Unternehmens bzw. eine Übersicht über die Konzernstruktur zur Verdeutlichung der Unternehmensstruktur bei.

Antragstellendes Unternehmen

Name Gesellschafter (natürliche oder juristische Person)	Sitz	Beschäftigte	Jahresumsatz In TEUR	Bilanzsumme In TEUR	Anteil in %

Bei natürlichen Personen sind nur der Name und der Anteil anzugeben.

Tochtergesellschaft(en) des antragstellenden Unternehmens

Name Tochtergesellschaft(en)	Sitz	Beschäftigte	Jahresumsatz In TEUR	Bilanzsumme In TEUR	Anteil in %

Antrag von _____

4. Unternehmensprofil

Bitte machen Sie an dieser Stelle nur stichpunktartige Angaben. Bei Bedarf können Sie ergänzende Angaben separat beifügen.

Kurzer Abriss der Unternehmensgeschichte (Gründung, Meilensteine der weiteren Entwicklung)
Standort(e)
Management
Unternehmensstrategie
Mitarbeiter/Aufbauorganisation/Qualifikation/Verteilung auf Standorte
Bedeutung des Standortes in Baden-Württemberg für das Unternehmen
Implementierte Kontrollmechanismen für eine solide und umsichtige Geschäftspolitik (z. B. Corporate Governance, Arbeitnehmervertretung und -rechte, Compliance usw.)

5. Geschäftsmodell des antragstellenden Unternehmens

Bitte machen Sie an dieser Stelle nur stichpunktartige Angaben. Bei Bedarf können Sie ergänzende Angaben separat beifügen.

Positionierung am Markt
Wesentliche Produkte/Dienstleistungen

Antrag von _____

Wesentliche Verfahren/Prozesse zur Herstellung der Produkte/Fertigungstiefe
Zielgruppen/Absatzmärkte, Vertriebsstrategie
FuE-Aktivitäten/Geplante Innovationen
Einbindung in Liefer-/ Wertschöpfungsketten speziell in Baden-Württemberg (Kunden/Lieferanten/Kooperationen)

6. Beschäftigtenzahl/KMU-Status

6.1 Beschäftigte des antragstellenden Unternehmens

In der nachfolgenden Tabelle sind die Beschäftigtenzahlen des **antragstellenden Unternehmens** anzugeben (keine Gruppenbetrachtung). Geben Sie bitte nur jeweils die Anzahl an, die gewichtete Anzahl auf Basis der Faktoren aus der BetFoVO wird automatisch berechnet.

	Beschäftigte des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres vor dem 01.01.2020		davon in Baden-Württemberg	
	Anzahl	gewichtet	Anzahl	gewichtet
Vollzeitstellen (über 30 h) + Auszubildende				
Teilzeitstellen: über 20 h bis 30 h				
Teilzeitstellen: bis einschließlich 20 h				
Minijobs bis 450 Euro				
Davon befristete Stellen				
Zusätzliche Beschäftigte (oben nicht enthalten): Leiharbeitnehmer und Leiharbeitnehmerinnen				
Saisonkräfte				

6.2 KMU-Kriterium

Bitte verwenden Sie hierfür ausschließlich die Berechnungsverfahren nach den KMU-Kriterien der Europäischen Union.

Das antragstellende Unternehmen ist (inklusive verbundener Unternehmen und Partnerunternehmen) <input type="checkbox"/> ein kleines oder <input type="checkbox"/> ein mittleres oder <input type="checkbox"/> ein großes Unternehmen gemäß KMU-Definition
--

Mehr Informationen zur KMU-Definition erhalten Sie im Informationsblatt Allgemeine Erläuterungen zur Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Infoblatt) und unter www.l-bank.de/kmu

Antrag von _____

7. Wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse

7.1 Kennzahlen

Bitte geben Sie die Kennzahlen bezogen auf das antragstellende Unternehmen an.

Kennzahl	2018 (Ist)	2019 (Ist)	2020 (Hochrechnung)	2021 (Plan)
Bilanzielles Eigenkapital (in TEUR)				
Eigenkapitalquote (EK/Bilanzsumme) (in %)				
Zinstragende Verbindlichkeiten (in TEUR)				
Bilanzsumme (in TEUR)				
Umsatz (in TEUR)				
EDITDA (in TEUR)				
Dynamischer Verschuldungsgrad (Zinstragende Verbindlichkeiten/EBITDA)				
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit (in TEUR)				
Kasse (in TEUR)				

7.2 Angaben zur finanziellen Situation

Ist das Unternehmen aufgrund der Covid-19-Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen in seinem Bestand gefährdet?

ja

nein

Wenn ja, inwiefern?

Befand sich das Unternehmen bereits am 31.12.2019 in wirtschaftlichen Schwierigkeiten gemäß der Definition der EU nach Artikel 2 Absatz 18 AGVO („Unternehmen in Schwierigkeiten“)

ja

nein

Besteht eine klare eigenständige Fortführungsperspektive für das Unternehmen nach Bewältigung der Covid-19-Pandemie?

ja

nein

Wenn ja, kann die Fortführungsperspektive durch einen unabhängigen Dritten bestätigt werden? Beleg bitte gesondert beilegen, soweit vorhanden.

Antrag von _____

Verfügt das Unternehmen über ausreichende anderweitige Finanzierungsmöglichkeiten?

ja nein

Wenn nein, bitte näher erläutern.

Hat das Unternehmen bereits eine Rekapitalisierungsmaßnahme nach dem Stabilisierungsfondsgesetz des Bundes (Wirtschaftsstabilisierungsfonds) oder von einer anderen durch eine inländische Gebietskörperschaft errichtete und mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds vergleichbaren Einrichtung erhalten oder diese bei der Einrichtung beantragt?

ja nein

Wenn ja, bitte Maßnahme angeben und aktuellen Stand erläutern.

Haben Sie anderweitige Fördermöglichkeiten beantragt oder ausgeschöpft (z. B. Bundes- oder Landesförderprogramme und spezifische Corona-Hilfsprogramme)?

ja nein

Wenn ja, bitte die Förderungen in der folgenden Tabelle angeben.

Beantragte, bewilligte und abgelehnte Fördermittel für das Unternehmen seit 01.03.2020	Aktueller Status beantragt, bewilligt abgelehnt	Betrag in EUR

Ist das antragstellende Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung

ja nein

- (i) zahlungsunfähig (im Sinne von § 17 InsO) oder
- (ii) überschuldet (im Sinne von § 19 InsO) oder
- (iii) wurde ein Insolvenzverfahren oder ein entsprechendes Verfahren in einer anderen Rechtsordnung über das Vermögen des antragstellenden Unternehmens eröffnet oder beantragt oder
- (iv) wurde ein Insolvenzantrag mangels Masse abgewiesen oder
- (v) läuft ein sonstiges Verfahren zur Liquidation des antragstellenden Unternehmens oder
- (vi) besteht die Absicht oder Notwendigkeit, in den nächsten 3 Monaten freiwillig ein Verfahren nach (iii) oder (v) einzuleiten?

Der Umstand, dass die Pflicht zur Stellung eines Antrags auf Eröffnung eines Insolvenz- oder ähnlichen Verfahrens ausgesetzt ist oder wird, bleibt hierbei unberücksichtigt.

Wenn ja, bitte erläutern.

Antrag von _____

Bitte die folgenden Unterlagen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen beilegen.

Falls Sie eine elektronische Übermittlung nicht wünschen, können Sie die Unterlagen auch per Post (zusammen mit dem Original des ausgefüllten und unterschriebenen Antragsformulars) einreichen an: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Referat 45 Dienstleistungswirtschaft, Schlossplatz 4 (Neues Schloss), 70173 Stuttgart

- Jahresabschlüsse der letzten 2 Jahre (Einzel- und Konzernabschlüsse)
- Aktuelles Reporting (Quartalsabschluss, BWA,...)
- Cashflow-Rechnung
- Planrechnungen (Umsatz, Ertrag, ggf. Bilanz, GuV, Investitionen)
- Liquiditätsplanung
- Aufstellung Finanzverbindlichkeiten

Im Verlauf der Prüfung sind Unterlagen zur eindeutigen Identifizierung des antragstellenden Unternehmens sowie weitere für eine Beteiligungsfinanzierung übliche Unterlagen einzureichen.

8. Kosten der Antragsbearbeitung, subventionserhebliche Tatsachen und Datenschutz

8.1 Allgemeine Bestätigungen

Ich bestätige die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und in den Anlagen zu diesem Antrag gemachten Angaben.

8.2 Kosten der Antragsbearbeitung und des Verfahrens

Das antragstellende Unternehmen verpflichtet sich,

- für die Erstbearbeitung des Antrags eine Kostenpauschale in Höhe von 100 Euro an den Beteiligungsfonds BW zu zahlen;
- für die weitere Bearbeitung des Antrags ein einmaliges Antragsentgelt in Höhe von 0,5 Prozent des Volumens der beantragten Maßnahme zu zahlen, jedoch mindestens 250 Euro und höchstens 25.000 Euro.

Bei bestandskräftiger Ablehnung, vollständiger oder teilweiser Rücknahme oder der sonstigen Erledigung des Antrags bleibt die Verpflichtung zur Zahlung der Kostenpauschale und des einmaligen Antragsentgelts bestehen. In diesen Fällen verpflichtet sich das antragstellende Unternehmen zudem, ggf. über das oben genannte einmalige Antragsentgelt hinausgehende, der Antragsbearbeitung konkret zuordenbare, Kosten zu erstatten.

Bei Gewährung einer Rekapitalisierungsmaßnahme fallen zusätzlich zur Zahlung der Kostenpauschale und des einmaligen Antragsentgelts während der Dauer der Rekapitalisierungsmaßnahme laufende, pauschale Verwaltungskosten in Höhe von 1,0 % p.a. der gewährten Mittel an. Diese Pauschale deckt alle laufenden Kosten, die dem Beteiligungsfonds BW im Zusammenhang mit der Durchführung der Rekapitalisierungsmaßnahme entstehen, ab. Das antragstellende Unternehmen verpflichtet sich, im Falle des Zustandekommens einer Rekapitalisierungsmaßnahme dem Beteiligungsfonds BW diese Beträge zu zahlen. Zusätzlich zu diesen Verwaltungskosten müssen je nach Art der Rekapitalisierungsmaßnahme weitere einmalige oder laufende Entgelte für die Kapitalüberlassung entrichtet werden, deren Höhe sich insbesondere an den beihilferechtlichen Vorgaben orientiert.

8.3 Subventionserhebliche Tatsachen

Ich habe von den Regelungen in § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und in §§ 3 bis 5 Subventionsgesetz (SubvG) Kenntnis genommen und mir/uns ist bekannt, dass ein Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist. Mir ist weiter bekannt, dass auch sämtliche abzugebenden Angaben/Erklärungen zu den Ziffern 1 bis 7 in diesem Antrag für die Bewilligung und Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Bestehen der Finanzhilfe subventionserheblich im Sinne von § 264 StGB sind (subventionserhebliche Tatsachen). Mir ist auch bekannt, dass eine Verwendung der Mittel aus dem Beteiligungsfonds BW entgegen der Verwendungsbeschränkung nach § 264 StGB strafbar ist.

Antrag von _____

Ebenso sind mir die besonderen Offenbarungspflichten nach § 3 SubvG bekannt und ich habe zur Kenntnis genommen, dass ich verpflichtet bin, dem Beteiligungsfonds BW alle Änderungen der subventionserheblichen Tatsachen unverzüglich mitzuteilen.

Ich bin darüber informiert, dass sich meine Erklärung sowohl auf die subventionserheblichen Tatsachen in dieser Anlage zum Antrag bezieht als auch auf alle nachfolgend von mir in dieser Angelegenheit getätigten ergänzenden/weiteren Angaben und vorgelegten Unterlagen/Nachweise.

8.4 Datenschutzhinweise gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

Die im Antrag und in den Anlagen zum Antrag angegebenen personenbezogenen Daten werden vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg zum Zwecke der Bearbeitung Ihres Antrags gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Die „Informationen zur Datenverarbeitung nach Art. 13, 14 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) bei Rekapitalisierungsmaßnahmen nach dem Beteiligungsfondsgesetz Baden-Württemberg“ können Sie im Internet unter <https://wm.baden-wuerttemberg.de/ds-info> abrufen. Mit der Unterzeichnung des Antrags bestätige ich, dass ich diese Informationen zur Kenntnis genommen habe. Der behördliche Datenschutzbeauftragte des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg ist wie folgt erreichbar:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Schlossplatz 4, Neues Schloss
70173 Stuttgart
E-Mail: datenschutz@wm.bwl.de

Ort, Datum

Stempel/Rechtsverbindliche Unterschrift für das antragstellende Unternehmen